



Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Kreisdirektor, meine Damen und Herren,

1. bei der letzten Haushaltsrede vor einem Jahr hatte ich angekündigt, dass in der neuen Wahlperiode unser Vortrag zum Haushalt deutlich früher an der Reihe sein werde. Wie man sieht: Wir sind die Partei, die ihre Versprechen auch einhält.

2. Herr Landrat, Sie haben bei Ihrer Eröffnungsrede des neuen Kreistags zutreffend betont, wir verfügten hier über kein allgemeinpolitisches Mandat. Beim Einbringen des vorliegenden Produktplans haben Sie jedoch, wieder zu Recht, die „hohe Politik“ dafür kritisiert, dass sie unser Land über seine Verhältnisse leben lässt, was wir hier vor Ort immer deutlicher zu spüren bekommen. Mit einem Satz zusammengefasst: Berlin entscheidet, der Kreis Olpe leidet, wobei man Berlin auch durch Brüssel ersetzen könnte.

Auch der geschätzte Herr Altersvorsitzende unseres Kreistags hat in der Rede zu seiner Amtseinführung zu Recht die Wirtschaftskrise unseres Landes herausgestellt, die uns natürlich auch hier betrifft. Dabei hat er allerdings großzügig verschwiegen, dass diese in erster Linie durch grüne Politik herbeigeführt wurde, selbst wenn die Grünen garnicht selbst regieren.

3. Wir sind übrigens nicht allein. Vor einigen Wochen war z.B. die Landrätin vom Kreis Regensburg in einer Diskussionsrunde im Fernsehen. Sie durfte dabei frei über ihre wichtigsten kommunalpolitischen Probleme berichten. Was hat sie ins Zentrum ihres Vortrags gestellt? Konnexitätsprinzip und Schulbegleitung. Ich sage eins voraus: Wenn die Politik diese Themen nicht in den Griff bekommt, dann ist hier bald flächendeckend Land unter. Bereits



jetzt gibt es klare Hinweise darauf, dass in wenigen Jahren alle unsere sieben Kommunen in die Haushaltssicherung abgleiten, die meisten etwa 2027 oder 28, das außerordentlich wohlhabende Attendorn auch schon 2029.

4. Welche Auswirkungen die kommunale Finanzkrise nach sich zieht, erkennt man gerade an den Vorgängen in Attendorn, wo die Gründung eines eigenen städtischen Jugendamts geprüft werden sollte, was am Ende aus rechtlichen Gründen an der zu geringen Einwohnerzahl scheiterte. Aber warum sollte es gegründet werden? Macht man sich dort jetzt plötzlich besonders intensiv Sorgen um die jungen Menschen? Nein, die hat man sich mit Sicherheit immer schon gemacht. Der auch offen kommunizierte Grund war die mögliche Einsparung eines wesentlichen Teils der Kreisumlage, mithin rein finanzieller Natur. Wir werfen das den Attendornern nicht vor, aus unserer Sicht war das eine Art finanzpolitischer Notwehrmaßnahme.

5. Was können wir also tun? Unsere Handlungsspielräume als Kreis sind bekanntlich begrenzt, sicher können wir z.B. die IT ausbauen, der Prozess läuft. Aber eins können und müssen wir machen: Die interkommunale Zusammenarbeit fördern, und zwar massiv und zügig. Wir dürfen dabei die Dienstleistungen der Kommunen und des Kreises gegenüber den Bürgern nicht schmälern, deshalb muss intensiv in jedem Einzelfall geprüft werden, was geht und was nicht. Aber das Thema muss unter Federführung des Kreises auf jeden Fall angegangen werden. Diese Zusammenarbeit hätte schon vor Jahren eingeleitet werden müssen. Nach unserer Wahrnehmung wird hier noch viel zu wenig unternommen, ein wesentlicher Grund, aus dem wir den Haushalt ablehnen.



Es gibt ja auch noch einen zweiten Grund für mehr IKZ. Der Bevölkerungsrückgang wird zu deutlich erhöhten Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen führen, vermutlich ist es jetzt schon der Fall. Statt dann improvisieren zu müssen, sollten wir lieber jetzt aktiv an die Sache herangehen.

6. Eine höhere Ausgabe sehen wir, wie auch andere Fraktionen als notwendig an. Der Mangel an Ärzten und medizinischem Fachpersonal ist ein Riesenproblem, ganz allgemein und auch hier im Kreis, ein Problem, das sich angesichts der demographischen Entwicklung noch weiter verschlimmern wird. Herr Landrat, Sie bemühen bei der Personalsuche im Gesundheitsbereich immer die Metapher von der Tischdecke, an der alle ziehen und die dadurch nicht größer wird. Das stimmt insoweit, als die anderen die Tischdecke von uns weg ziehen. Wenn wir nicht dagegenhalten, bleibt uns weniger als jetzt. Deshalb muss die Stelle des häufig zitierten Kümmerers wieder neu ausgeschrieben werden. Das Fehlen dieser Ausgabe ist für uns ein weiterer Grund, den Haushalt abzulehnen.

Wir könnten einen diesbezüglichen Antrag stellen, aber der wird vermutlich am Ende wieder zerredet. Viel besser wäre es, wenn es einen gemeinsamen Antrag mehrerer oder aller Fraktionen gäbe, dem alle dann zustimmen könnten. Noch besser wäre es, wenn die Kreisverwaltung selbst einen, gerne auch zwei Mitarbeiter rekrutiert, die sich dieses Problems hauptamtlich annehmen.

7. Letztes Jahr im August hat der Energieberater der Verbraucherzentrale NRW für den Kreis Olpe einen sehr erhellenden Vortrag im Umwelt- und Strukturausschuss gehalten. Darin brachte er u.a. seine Forderung zum Ausdruck, in Zukunft



müsste sich im Energiebereich die Nachfrageseite je nach Situation auch mal nach dem verfügbaren Angebot richten. Dies war kein Versprecher, sondern seine klare Vorstellung von Energiepolitik.

Um es wissenschaftlicher erscheinen zu lassen, hat er sogar den englischen Fachbegriff für Nachfrageseite „demand side“ mit in seinen Vortrag eingebaut. Man muss sich das mal vorstellen. In der Konsequenz heißt das **Energieversorgung nach Wetterlage!** Was dies für **Privathaushalte** bedeutet, haben wir im letzten Winter in Berlin erlebt. Dort war es ein Terroranschlag, jetzt soll es allgemeine Politik werden.

Und was diese Art von Energieversorgung für die Industrie bedeutet, führt zum Ende unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Jeder weiß, dass man viele Produktionsanlagen nicht einfach problemlos aus- und wieder einschalten kann. Ein erneutes Hochfahren dauert oft stunden- bis tagelang. Das ist kein Ausnahmefall, sondern ein strukturelles Merkmal vieler industrieller Prozesse.

Die Wahrscheinlichkeit für dieses Szenario hat der Energieberater überzeugend dargestellt, genauer gesagt: er hat es sogar als Problemlösung gefordert. Ich habe noch nie erlebt, dass jemand nicht nur seinen eigenen rhetorisch guten Vortrag mit zwei Sätzen inhaltlich so ad absurdum geführt hat, sondern die ganze dahinterstehende Ideologie gleich mit.

8. An dieser Stelle kommen wir zur Biostation. Man soll ja vom Podium aus keine Wetten anbieten, aber ich würde mich schon sehr wundern, wenn die Fraktion Bündnis 90/die Grünen dieses Thema gleich nicht wieder vorbringt. Ich mache Ihnen ein Angebot:

**Alternative für Deutschland**  
Kreistagsfraktion Olpe



Wenn Ihnen diese Station so wichtig ist, lassen Sie uns doch prüfen, einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Um Kosten zu sparen, können wir die Abstimmung zeitlich mit der Landtagswahl koppeln.

Wir lehnen die Biostation grundsätzlich ab, aber als zutiefst basisdemokratische Partei und Fraktion würden wir für die Einleitung eines Bürgerentscheids stimmen. Das Ergebnis müssen dann aber auch alle akzeptieren, sonst haben wir das Thema 2035 immer noch auf der Tagesordnung.